

ANFRAGE von Karin Joss (GLP, Dällikon), Wilma Willi (Grüne, Stadel) und Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)

betreffend Massnahmen zur Verbesserungen von Sprachkompetenzen als Grundlage für die Berufstätigkeit

Anfangs 2020 haben die Medien über ein altbekanntes Thema berichtet, nämlich darüber, dass rund 50% der Kandidierenden für die Polizeiausbildung die sprachlichen Aufnahmeprüfung nicht bestehen (2019 51% bei der Kantonspolizei Zürich). Das ist ein bemerkenswert hoher Anteil, der dazu führt, dass der Nachwuchs für einen attraktiven Beruf nur mit grossen Anstrengungen gewonnen werden kann. Die intensiven Rekrutierungskampagnen sind bekannt. Ansonsten gut geeignete und interessierte Männer und Frauen kommen für den Polizeiberuf nicht in Frage, da sie die notwendigen Lese- und Schreibkompetenzen entweder nicht auf genügendem Niveau erworben oder wieder verloren haben. Das betrifft zu einem grossen Teil junge Leute deutscher Muttersprache.

Dass die verlangten Sprachkompetenzen notwendig sind, ist unbestritten. Polizeirapporte müssen so verfasst werden, dass sie den Anforderungen einer juristischen Prüfung standhalten. Wenn das nicht der Fall ist, so ist ein Teil der Polizeiarbeit in Frage gestellt.

Es steht im Raum, eine Art Nachhilfeunterricht für Polizeianwärterinnen und -anwärter anzubieten. Damit könnte punktuell ein Problem entschärft und die Nachwuchsrekrutierung verbessert werden. Eine solche Unterstützung müsste aber nachhaltig sein, was bedeuten könnte, dass regelmässige sprachliche Weiterbildungskurse für Polizistinnen und Polizisten durchgeführt werden müssten.

Auch das Personal im Gesundheitswesen, in der Technik, der Bildung und in vielen anderen Bereichen benötigt Sprachkompetenzen auf vergleichbarem Niveau. In diesen Branchen zeigt sich ebenso, dass die Kompetenzen den Anforderungen oft nicht genügen.

Ein weiterer Indikator ist die Pisa-Studie 2019, wo Schweizer Schülerinnen und Schüler bei der Lesekompetenz nur den 27. Platz von 79 Teilnehmerstaaten erzielt haben.

Beim Erwerb der Sprachkompetenzen könnte es eine wichtige Rolle spielen, dass Deutschschweizer Kinder mit dem Hochdeutschen eine Art Fremdsprache lernen. Wortschatz und Grammatik sind abweichend. Als Beispiele sind Zeitformen und Satzstrukturen zu nennen.

Wir bitten darum den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass in Bezug auf die Förderung von Sprachkompetenzen im Fach Deutsch für die (spätere) Berufstätigkeit Handlungsbedarf besteht?
2. Wenn ja, sieht er über die Förderung von Kandidierenden und Mitarbeitenden in Polizeiberufen hinaus solchen Handlungsbedarf?
3. Wurden bereits gezielte Massnahmen ergriffen? Wenn ja, welche?
4. Tragen die Lehrpläne für den Deutschunterricht an der Primarstufe und der Sekundarstufe I und II, insbesondere der Lehrplan 21 der Problematik Rechnung?
5. Werden die Lehrpersonen bzw. die Studierenden an der Pädagogischen Hochschule für die Problematik sensibilisiert und entsprechend aus- und weitergebildet?

Karin Joss
Wilma Willi
Ann Barbara Franzen